

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt: Tagesblatt Riesa.  
Bismarckstr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Dresden 1889  
Cirkular Riesa Nr. 52.

Nr. 290.

Dienstag, 13. Dezember 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 3.— Mark ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 50 Pf. Abzuges für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Druckform (7 Silben) 2.— Mark, Ortspreis 1.75 Mark; getraubener und tabellarischer Satz 30%, Aufschlag, Nachweissungs- und Vermittlungsgebühr 75 Pf. Keine Taxen. Verwilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtigste Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorrückung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sühnel, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Donnerstag, den 15. 12. 21, vormittags 9 Uhr findet im Seeresversteigerungsamt Dresden — früher Proviantamt — Verbindung der Fleisch- und Wurstlieferung für den Standort Zeitheim auf die Zeit vom 1. 1. b. m. 31. 3. 22 statt. Lieferungsbedingungen und Angebotsformulare können daselbst eingesehen bzw. empfangen werden.  
Seeresversteigerungsamt Dresden.

## Anzeigen

für die abends erscheinende Ausgabe des Rieser Tageblattes werden bis spätestens früh 10 Uhr (möglichst tags zuvor) erbeten. Geschäftsstelle des Rieser Tageblattes, Goethestr. 59.

### Die Aussprache der Wirtschaftsminister.

Die Wirtschaftsminister des Reichs und der Länder hatten gestern in Darmstadt im Sitzungssaal der Volkskammer eine Aussprache. Staatspräsident Ulrich begrüßte die Versammelten im Namen der Reichsregierung. Nach einleitenden Worten des Reichswirtschaftsministers Schmidt legten die Ministerpräsidenten Dr. Krenn, Dr. Schlegel und Freiherr von Duttler in längeren Reden die gegenwärtige Wirtschaftslage, die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen und die bestehenden Absichten dar. Im einzelnen wurde ausgeführt, angefaßt der großen Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung des bisherigen Systems der Einfuhrkontrolle ergeben haben, müsse ernstlich erwogen werden, wie im Interesse der Aufrechterhaltung der deutschen Zahlungsfähigkeit eine weitere Einfuhrbeschränkung hauptsächlich im Wege der Zollpolitik durchgeführt werden könne.

Eine weitere Maßnahme aus Tarndacht besagt: In dem Bericht der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums wurde weiter ausgeführt, die Entwertung der deutschen Valuta habe energische Maßnahmen zur Verhinderung des sogenannten Ausverkaufs Deutschlands notwendig gemacht. Insbesondere seien Maßnahmen zu einer verstärkten Durchführung der Ausfuhrkontrolle ergriffen worden. Die Beteiligung des Reiches an den Verhandlungen des Ausfuhrgeschäfts durch eine allgemeine Ausfuhrbeschränkung sei beabsichtigt. Um die schädlichen Rückwirkungen der Geldentwertung auf die Binnenwirtschaft zu mildern, müsse auf eine Steigerung der Produktion und eine Verminderung des übermäßigen Verbrauchs hingewirkt werden. Die Auswände in der Preisgestaltung würden durch strenge Handhabung der bereits bestehenden Bestimmungen bekämpft. Für die Beobachtung der Preisbildung seien die Preisprüfungsstellen durch Kommissionen zu ergänzen, deren Mitglieder besonders auch aus der minder kaufkräftigen Bevölkerung zu entnehmen seien. Die Behinderung der Arbeitsmöglichkeit auf vielen Gebieten sei durch unsere bedrückte Rohstofflage verursacht. Alle diese Schwierigkeiten könnten nur beseitigt werden, wenn im Steinholzenbergbau wieder Heberhöhenverfahren würden. — Die allgemeine Aussprache, die sich auf den Bericht des Reichswirtschaftsministeriums schloß, führte zu erfreulicher Übereinstimmung über die schwebenden wirtschaftlichen Fragen. Es wurde allgemein ausgesprochen, daß vor einer Lösung der Reparationsfrage der Boden für eine gedeihliche Wirtschaftspolitik nicht vorhanden sei.

### Die Kartoffelversorgung.

Der preussische Staatskommissar für Volksernährung hat eine Kundverfügung an die Oberpräsidenten gerichtet, in der neben der Bekämpfung des wilden Handels mit Kartoffeln durch die inwärtigen angeordnete Konfessionierung des Handels als weitere Abhilfemaßnahme die Bildung eines Ausschusses zur Ermittlung der Kartoffelpreise für jede Provinz angeordnet wird, der aus Vertretern der Landwirtschaft des Kartoffelhandels, der Genossenschaften und der Verbraucher bestehen soll. Die von den Ausschüssen ermittelten Preise sollen der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden als allgemeine Richtlinien für ihr Vorgehen bei der Bekämpfung der wucherischen Preisforderungen dienen.

### Die Reparationsfrage.

Gestern wurde unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in der Reichskanzlei die Reparationsfrage besprochen. An der Besprechung nahmen die Minister und die Vertreter der beteiligten Ressorts teil. Dr. Rathenau berichtete in dieser Sitzung über die von ihm in London geführten Verhandlungen. Die Besprechung war streng vertraulich, sie soll heute vormittag fortgesetzt werden. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge liegt kein Grund vor, die Londoner Verhandlungen Dr. Rathenau als ergebnislos zu bezeichnen.

Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats tritt heute vormittag zu einer vertraulichen Sitzung zusammen. Wie der „Deutschen Allg. Ztg.“ zufolge verlautet, wird der Reichskanzler dieser Sitzung beimohnen; es steht aber noch nicht fest, ob er in ihr das Wort ergreifen wird. Eine Sitzung der vom Reichskanzler berufenen Kreditkommission ist bisher noch nicht angelegt.

Die Antwort der Bank von England auf die Anfrage der Reichsregierung, ob die Bank gewillt sei, Deutschland einen Kredit zuzusichern, ist jetzt eingetroffen. Ueber die Art der Antwort verlautet nichts.

### Belgien gegen ein Moratorium.

Wie der „Temps“ von seinem Brüsseler Korrespondenten erzählt, hat der Minister Bonheur gestern vormittag in Brüssel eine zweistündige Unterredung mit dem belgischen Finanzminister Theunis und dem Minister des Reichens Jambor gehabt, in der er sie von dem Inhalt seiner Unterredungen in London mit Lloyd George und Sir Albert Horn in Kenntnis setzte. Die belgische Regierung ist nach dem Korrespondenten der Ansicht, daß Deutschland unter keinem Vorwande ein Moratorium gewährt werden könne. Auf die Erklärungen von Theunis (daß er bereit sei, ihre bisherigen Einwendungen gegen das belgische Abkommen und die Nichtratifizierung des Abkommens vom 13. August durch Frankreich fallen zu lassen. Der von Lloyd George betriebene wirtschaftliche und finanzielle Wiederherstellungsplan werde dem Korrespondenten zufolge in offiziellen Kreisen in Brüssel mit einem gewissen Stillsitzen aufgenommen.

### Aus der französischen Kammer.

Im Verlaufe der Debatte in der französischen Kammer über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten schnitt Abg. Marcel Sembat die Frage der Washingtoner Konferenz, sowie die Frage der Entschärfung zu Lande an. Ministerpräsident Briand antwortete, seine Aufgabe in Washington sei gewesen, die Vereinigten Staaten aufzuklären und ihnen die Lage Frankreichs darzulegen. In Washington seien Resultate von internationaler Bedeutung erzielt worden. Mit Bestimmtheit sehe er, daß Frankreich in die Entente mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan eintreten könne, um den Frieden im Stillen Ozean aufrecht zu erhalten. Andere Vessere habe in der Kammer Tatsachen vorgebracht, die der deutsche Reichskanzler bestritten habe. Diese Ablehnung hindere nicht, daß in Deutschland Verheimlichungen vorgenommen seien. Solange Deutschland böse Absichten kundgibt, sei es die Pflicht Frankreichs, zu wachen. Schließlich erklärte der Berichterstatter Abg. Klobematre, wenn der Völkerverbund der Ansicht sei, daß Deutschland in genügender Weise seinen Willen kundgegeben habe, die Friedensbedingungen zu erfüllen, dann werde er vielleicht seine Zustimmung anempfehlen und dann würden die Regierungen entscheiden. Was die Entschärfung anbetreffe, so könne man sich erst dann darüber aussprechen, wenn Deutschland genügend Beweise seines guten Willens gegeben habe.

### Der Jagow-Prozess.

Als die Verhandlungen gestern um 9 Uhr vormittags eröffnet wurden, ergab der Zeugenaufruf die Anwesenheit von fünfzehn Zeugen, unter denen sich Generalmajor von Hüllen, Generalleutnant von Oden befanden. An erster Stelle wird der kaiserliche Oberfinanzrat Bang vernommen, der nicht vereidigt wird, weil ein Verfahren gegen ihn geschwebt hat, das auf Grund der Anklage aber eingeleitet wurde. Der Zeuge erklärt, er wisse nichts, was die Angeklagten betrafen könnte. Wenn er etwas wüßte, würde er es nicht sagen, was wohl jeder anständige Mensch an seiner Stelle auch tun würde. Im September oder Oktober 1919 hat Rapp den Zeugen Bang in Berlin zu sich, um mit ihm über finanzpolitische und technische Dinge zu sprechen. Rapp fragte ihn, ob er bei einem Regierungswechsel in das Kabinett eintreten würde. Der Zeuge erwiderte, in eine Regierung mit Roste bräute ihn kein Werk, in eine nationale Regierung aber würde er eintreten. In den Vorbereitungen zur Durchführung der Rapp'schen Pläne habe er sich nicht beteiligt. Rapp habe sich dann bis zum Aufbruch nicht wieder bei ihm gemeldet. Im September 1919 hat der Zeuge auch Schömler kennen gelernt, dessen Schicksal er als eine Karikaturformode bezeichnet. Am Abend des 12. März 1920 kam Rapp zu dem Zeugen und sprach mit ihm über den geplanten Umsturz. Bang nahm an, daß der Umsturz im ganzen Reich vorbereitet sei und auch eintreten werde. Rapp hat dem Zeugen das Reichsfinanzministerium angeboten, da Erzberger entlassen sei. Der Zeuge erklärt weiter, daß Rapp überhaupt keine Herren zur Verfügung gehabt habe, die in die Regierung eintreten wollten. Das war, sagt er, überhaupt keine neue Regierung, sondern eine Schwabhubde. Die sogenannten Kabinettskandidaturen waren ein Lohwunder. Es herrschte vollkommene Direktionslosigkeit. Was Rapp, v. Jagow und Schiele getan haben, weiß ich nicht. Ich habe vergebens darauf gewartet, daß etwas geschehen sollte. Am Abend teilte ich Rapp mit, daß ich seinem Wunsche nicht entsprechen könne. Ich sagte ihm ins Gesicht, daß er einen ganzen Tag verschwätzt, aber nicht regiert habe. Er erklärte, es sei beschlossen worden, mit der Sozialdemokratie in Verbindung zu treten. Darauf antwortete ich ihm: Damit haben sie ihre Sache den Todesstoß verleiht! — Rapp meinte, ich sollte eingreifen. Aber die trostlose Art der Vorbereitung und die jämmerliche Ausführung des ganzen Planes veranlaßte mich zur Ablehnung. Am Sonntag habe der Zeuge sich um das ganze Unternehmen nicht mehr gekümmert. Am späten Abend wurde er nach der Reichskanzlei gerufen, wo er Jagow und Bauer traf. Letzterer suchte den Zeugen zu einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie zu bewegen. Mit der Arbeiterkammer wollte er wohl zusammenarbeiten, aber nicht mit der Sozialdemokratie, und auf keinen Fall in einem so unvorbereiteten Unternehmen. Der Zeuge brachte dies auch Rapp gegenüber zum Ausdruck. Dieser drängte dem Zeugen aber in Gegenwart vieler dem Zeugen unbekannter Herren, das ihm angetragene Amt anzunehmen und versprach ihm dabei, seinen Wünschen Rechnung zu tragen. Hier griff Schiele ein und sagte zu Rapp: „Wie können sie solche Versprechungen machen, da wir doch wegen der Gefahr im Ruhrgebiet die Sozialdemokratie brauchen.“ Der Zeuge hielt daraufhin Rapp vor, daß er ihm auf Grund unrichtiger Angaben veranlaßt habe, nach der Reichskanzlei zu kommen. Rapp erwiderte, nicht er sei daran schuld, sondern Lüttwitz mit seinem blühenden Ultimatum. Ich schrieb dann den bei mir beschlagnahmten Brief an Oberst Bauer. (Der Brief wird verlesen). Es läßt auf, daß der Zeuge darin sagte, er bedauere, ein Refektor nicht wieder übernehmen zu können. Der Zeuge bemerkt dazu: Ich mußte selbstverständlich, daß ich nicht Reichsfinanzminister war. Eine Befragung habe ich nie erhalten.

Auf Antrag des Oberreichsanwalts wird der eine Verteidiger Schiele, Dr. Martin aus Halle, als Zeuge vernommen, nachdem er die Verteidigung Schiele's niedergelegt hat. Er macht Mitteilungen über seine Besprechungen zum

Zeugen Bang und einen Brief, den dieser an ihn (Dr. Martin) geschrieben habe.

Generalleutnant von Güssen (unvereidigt): Ich leitete vor dem 13. März die Reichswehrbrigade in Potsdam. Mit der Brigade Ehrhardt hatte ich keine Verbindung. Lüttwitz erzählte mir von seinem Vorhaben und ich versuchte ihn davon abzubringen. Am 12. März erfuhr ich von Oberst Bod, daß die Garnisonen Berlin, Spandau, Potsdam, Döberitz etc. von Roste alarmiert seien. — Präzident: Der Befehl soll auch der Marinebrigade 11, die unter Ehrhardt stand, übermittelt worden sein, obwohl der Alarm sich gegen sie richtete. Zeuge: Es sind noch andere humoristische Sachen vorgekommen. Am Abend des 12. März beschloß ich, den Potsdamer Bahnhof in Berlin und den Bahnhof in Potsdam zu besetzen und ordnete an, daß von niemandem als mir Befehle entgegenzunehmen seien. Da die Regierung fort war, kam es darauf an, im Interesse des Vaterlandes zu handeln. Es sollte namentlich Blutvergießen verhindert werden. Lüttwitz übertrug am 13. März auf vertretungsweise das Befehlskommando und ich gab den unterstehenden Garnisonen entsprechende Anweisungen. Oberreichsanwalt: Am Abend des 11. März, als Sie in Döberitz waren, hatten Sie da den Eindruck, daß Lüttwitz marschieren werde? — Zeuge: Den Eindruck hatte ich allerdings. — Oberreichsanwalt: Warum haben Sie das nicht an den Minister Roste berichtet? — Zeuge: Trotha war doch auch eingeschickt worden, und ich mußte annehmen, daß Roste durch ihn schon alles erfahren habe. Herr v. Trotha begegnete ich im Lager Döberitz. — Oberreichsanwalt: Er fand doch alles in Ordnung? — Zeuge: Ihm als Seemann scheint das militärische Auge gefehlt zu haben. — Oberreichsanwalt: Sie haben sich am 13. März Herrn v. Lüttwitz unterstellt, obwohl Sie wußten, daß er zwangsweise beurlaubt war. — Zeuge: Wer beurlaubt ist, kann sofort zurückkommen und den Befehl wieder übernehmen.

Zeuge General v. Oden: Ich übernahm die Vertretung Lüttwitz' für die Zeit seiner Beurlaubung. — Präzident: Wäre es militärisch denkbar, daß Lüttwitz jederzeit den Befehl wieder übernehmen könnte? — Zeuge: Nein, er war beurlaubt. Der Alarmbefehl kam am 13. März. Am Abend kam Oberst Reinhardt zu mir und sagte, die Brigade Ehrhardt werde nach Berlin marschieren. Ich hielt das nur für ein Gerücht, fuhr aber doch mit General v. Odenhausen nach Döberitz hinaus und verhandelte mit Ehrhardt. Er erklärte, er habe den Befehl zum Marschieren erhalten und werde marschieren. Schließlich hatte er sich jedoch bereit erklärt, unterwegs zu warten. Wir fuhren zurück und machten Roste Mitteilung. Das war nachts gegen 8 Uhr im Reichswehrministerium. Roste erklärte kurz: Er verhandle mit Reutersen nicht und verlangte, daß die Berliner Truppen gegen Ehrhardt vorgehen. Ich erwiderte, unsere Truppen seien zu schwach dazu, und es werde ein allgemeiner Kampf in Berlin entbrennen. Meine Truppe war ganz kurz vorher stark vermindert worden. Die Truppe Ehrhardt war von ganz hervorragender Eigenschaft. Mit ein paar Maschinengewehren an der Spandauer Brücke hätte man dieser Truppe in keiner Weise Halt gebieten können. Schließlich wurden doch die zur Sicherung des Staatsgebäudes aufgestellten Truppen zurückgezogen und ich hörte, die Regierung habe sich aus Berlin entfernt. Bei einer sogenannten Kabinettskammer, wo aber alles durcheinander ging, war ich kurze Zeit anwesend. — Die Zeugen v. Hüllen und v. Bod bleiben unvereidigt.

Reichspostminister a. D. Schiffer: Der Zeuge schlug vor, die große Mehrheit der Regierung solle Berlin verlassen. Er selbst wolle als Vertreter des Reichskanzlers in Berlin bleiben und leben, was zu tun sei. So wurde dann auch beschlossen. Morgens ging er dann wieder in die Reichskanzlei, wo Rapp auch bald darauf eintraf. Mit Staatssekretär Albert ging er zu Rapp, bei dem Jagow und Falkenhäuser und andere sich befanden. Rapp fragte mich, sagte der Zeuge, ob ich die Konsequenzen aus den Ereignissen ziehen wolle. Ich erklärte, er habe kein Recht zu seinem Vorgehen, aber wie stünden die Verhältnisse zum Widerstreben nicht zur Verfügung. Jagow mischte sich ein und sagte mit einer mißachtenden Handbewegung: Wie kann man nach den Novembertagen in diesem Hause von Recht sprechen? Ich ging fort und trat in meinem Ministerium zwei Offiziere, die mich verhaften wollten. Ich wurde veranlaßt, das Haus mit zu verlassen. Mein Ehrenwort zu geben, habe ich abgelehnt. In einer Sitzung der Staatssekretäre wurde vorgeschlagen, Rapp von der Ausschließlichkeit seines Unternehmens zu überzeugen. Am 16. ging der Zeuge in den Reichstag, um sich nach dem Erfolg der Vorstellungen der Staatssekretäre bei Lüttwitz zu erkundigen. Im Parlament hatte sich eine große Anzahl von Ministern und Abgeordneten eingefunden.

Es wurde bereits davon gesprochen, daß der Rücktritt Rapps erfolgt sei, was jedoch nicht zutreffend war. Oberst Bauer wollte mit dem Zeugen verhandeln. Er lehnte aber ab. Der Zeuge besprach mit ihm die bekannten politischen Forderungen des Generals v. Lüttwitz. Am nächsten Morgen erschienen v. Oden, Bauer und Ehrhardt bei dem Zeugen. Als Nachfolger Lüttwitz wurde v. Oden vorgeschlagen. Ehrhardt sagte, er lehne eine Annettie ab, da er kein Verbrechen begangen habe. Inzwischen kam ein Offizier und meldete, daß Lüttwitz Bedenken habe, sich auf den Boden der von uns geplanten Vorschläge zu stellen. Der Zeuge erklärte hierauf, er halte sich von nun an an nichts mehr gebunden, was er zu tun versprochen habe.

Staatssekretär a. D. Freiherr v. Falkenhäuser (ein gegen ihn eingeleitetes Verfahren ist eingeleitet worden, 21

bleibt deshalb vorläufig unverändert. Er war aber  
pragmatisch davon, dass eine Regierung der Wechten, die auf gewalt-  
tätige Weise zur Macht kommen würde, sich nicht halten könne.  
Am 12. März wurde ich telefonisch nach Berlin zu Jagow  
geholt. Ich weiß es nicht mehr genau, aber er sagte wohl  
ungefähr: „Rapp rechnet auf dich!“ Ich wollte genau, dass  
Rapp, wenn er eine neue Regierung errichtete, mich dazu  
berufen würde. Präsident: Hat Rapp von einer gewalttätigen  
Verbreitung neuer Verhältnisse gesprochen? Jagow: Nein,  
er sprach immer nur in unbestimmter Form. Oberstaats-  
anwalt: Worauf zielen die Pläne Rapps ab? — Jagow:  
Rapp wollte die Herrschaft der Parteien ersetzen durch eine  
Regierung, die nach sachlichen Gesichtspunkten arbeitet.  
Oberstaatsanwalt: Glauben Sie, dass dies ohne Veränderung  
der Verfassung gegangen wäre? — Jagow: Ich muß gelassen  
dabei, ich an eine Veränderung der Verfassung dabei nicht gedacht  
habe. — Jagow fragt den Zeugen, ob er glaube, dass Ebert  
Rapp ebenso zum Diktator ernennen könne, wie er Göring  
zum Diktator der Provinz Sachsen ernannt hatte. (Seitensik.)  
— Der Zeuge kann diese Frage nicht beantworten, ebenso  
nicht die, ob er Jagow für schuldig halte.

Beimont der Kaserer a. D. Köhler aus München war  
Führer der Kraftwagenabteilung der Marinebrigade  
Erdardt. Er erhielt einige Tage vor dem Wutich den  
Befehl, sich bereitzustellen. Er teilte mit, dass drei Unter-  
offiziere sich weigerten, den Marsch mitzumachen, indem sie  
erklärten, sie seien auf die Verfassung und die Regierung  
verpflichtet, und sie hätten gehört, dass etwas gegen die  
Regierung geplant sei. — Nach unerheblichen Auslagen des  
Staatsmanns a. D. Brinkmann und des Majors Karl  
v. Wittamer verweigert der als Krüge vorgezogene  
Kapitänleutnant a. D. Schuster die Auslage darüber, ob er  
am 18. März zu Major Thonissen geschickt worden ist.  
Maschinenmaat Schwan aus Emden gibt an, dass er und  
zwei andere Unteroffiziere sich am 18. März geweigert haben,  
den Marsch der Erdardt-Brigade mitzumachen. Die drei  
wurden sofort vom Dienst entbunden, aber ein handgezeichnetes  
Verfahren wurde nicht gegen sie eingeleitet. Der Zeuge  
bedauert, dass unter den Kameraden davon die Rede war,  
dass ein militärischer Aufstand geplant sei. Ein Offizier  
suchte die drei umzukommen, indem er betonte, sie seien nicht  
richtig auf die Verfassung verpflichtet. Unter den Mannschaften  
war der geplante Wutich ein offenes Geheimnis. Die beiden  
nächsten Zeugen, Maschinenmaat Wagner aus Wilhelmshaven  
und Maschinenmaat Emden bestätigen und unter-  
zeichnen die Aussagen des Zeugen Schwan. Die Zeugen  
v. Falkenhausen, v. Wittamer, v. Köhler, Brinkmann und  
Schuster werden auf Befehl des Gerichtshofes nicht  
verurteilt, da sie der Teilnahme verdächtig sind. Um 4 1/2 Uhr  
wird die Weiterverhandlung auf Dienstag vormittag  
9 Uhr vertagt.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Der erste internationale demokratische  
Kongress, der in Paris abgehalten wurde, ist vorgestern  
geschlossen worden. Sämtliche vorliegenden Resolutionen  
wurden zu einer allgemeinen Erklärung zusammengefasst,  
in der, wie Habas mitteilt, festgestellt wird, dass die Dele-  
gierten der 21 vertretenen Nationen ohne Unterschied der  
Bekenntnisse, der Rasse und der Nationalität über die un-  
erlässlichen Voraussetzungen für die Abrüstung des Heeres  
zur Verwirklichung des Friedens in der Welt einig seien. Sie  
verlangt eine demokratische Gesellschaft aller Völker mit  
Einschluss Deutschlands, eine internationale Politikmacht,  
die finanzielle Solidarität aller Nationen als Bürgschaft  
für die Wiederherstellung der Kriegsschäden, Achtung vor  
dem Recht der Minderheiten, die Anerkennung der Not-  
wendigkeit, Desterreich zu helfen und Russland nicht ein-  
fach als Abgabegeld zu betrachten, die Entwicklung der  
internationalen Arbeitsorganisationen und die Mitteln der  
gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kräfte zur Erzie-  
rung des sozialen Friedens.

Gegen die Lösungsbestrebungen in  
Rheinland. Die politischen Parteien des Rheinlandes,  
die gestern in Koblenz tagten und zwar die Zentrum-  
partei, die Sozialdemokratische Partei, die Deutsche Volk-  
partei, die Deutsche Demokratische Partei und die  
Deutsche Demokratische Partei, wenden sich in einem Aufruf gegen  
die Versuche sonderbündlerischer Kreise, durch offenen Ver-  
trag das Rheinland vom Reich zu trennen, und er-  
klären, dass sie auf ewige Zeiten fest am Deutschen Reich  
halten und von einer Loslösung rheinischen Gebietes nichts  
wissen wollen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Par-  
tei hat es jedoch abgelehnt, die Kundgebung der übrigen  
rheinischen Parteien zu unterzeichnen, weil sie der Ansicht  
ist, dass die sie bestimmenden Motive im Kampfe gegen die  
Lösungsversuche anderer Natur sind als die ihrer Partei.  
Eine Loslösung des Rheinlands vom übrigen Reich be-  
dauert sie aber nach wie vor aufs äußerste. — Nachdem  
der Reichskommissar für die besetzten Gebiete gegen die  
von der Internationalen Rheinlandkommission angeordnete  
Sanktionen des Smets Einspruch erhoben und die  
deutsche Regierung ihre Vertreter in London, Paris und  
Brüssel angewiesen hat, ebenfalls Einspruch zu erheben,  
wird das Bundesgericht von heute ab bis auf weiteres  
in allen Prozessen wieder Entscheidungen fällen.

Die Kundgebung der deutschen Landwirt-  
schaft. Die für den 15. Dezember in Aussicht genom-  
mene Kundgebung der deutschen Landwirtschaft wird in  
Form einer Vollversammlung des Reichsausschusses der deutschen  
Landwirtschaft vor sich gehen, die Stellung nehmen wird  
zu der Frage: Landwirtschaft, Reparation und Wiederauf-  
bau. — Der Reichslandbau wird seine bisher immer im  
Jurtus-Bau in Berlin abgehaltene Generalversammlung  
im Jahre 1922 in Hannover abhalten.

Die Auszahlung der Rentenzulagen. Auf  
einen sozialdemokratischen Antrag im Reichstagsaus-  
schuss für soziale Angelegenheiten betr. die Auszahlung der  
Rentenzulagen hat die Reichsregierung dem „Vorwärts“ zu-  
folge geantwortet, die Ausführungsbestimmungen zu dem  
niederbündig beschlossenen Rentengesetz würden jetzt dem  
Reichsrat zur Beschlussfassung überwiesen. Es ist vor-  
zuziehen, dass die notwendigen Vorstöße zur Aus-  
zahlung der Zulagen ohne weiteres geleistet werden. Es  
ist zu erwarten, dass die Gemeinden die neuen Zulagen  
sowie nach Neujahr auszahlen. Die Rentenzulagen haben  
die Gewährung der neuen Zulagen bei ihrer Gemeinde  
zu beantragen.

Anschluss an Bayern. Anlässlich der bevor-  
stehenden neuen Kreisverteilung haben Vertreter der Stadt  
Regen und Bezirke der Röhren mit der Münchner und der  
Bayrischen Regierung Verhandlungen aufgenommen, die den  
Anschluss dieser Bezirke an Bayern bezwecken.

Eine Resolution der Berliner S. V. D. Der  
außerordentliche Bezirkstag des Berliner Bezirksverbandes  
der S. V. D. nahm nach einem Referat von Weis eine Reso-  
lution an, worin als unerlässliche Voraussetzung für das  
Wiedergewicht der deutschen Vahlyngsbilanz die Still-  
legung der Rentenbesitz und die Reduzierung der Staats-  
ausgaben durch ordentliche Einkünfte gefordert wird. Aus-

sicht auf erfolgreiche Bekämpfung der schmerzlichen Teufel-  
spekulation behielt nur bei voller Erläuterung der Export-  
beschränkung. Die Resolution fordert 1. sofortige Eröffnung der  
Schwermere, 2. sofortige Erhebung der Reichseinkommen-  
steuer, 3. Wiederherstellung des gemeinen Vertriebs als Ver-  
anlassungsgrundlage in dem Fernhandelsvertragsverhältnis,  
4. sofortige Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur nöti-  
gen Eröffnung der Saluzugewinne, 5. Bekämpfung der im  
In- und Auslande vorliegenden Teufelsspekulation durch ein-  
fache Vernehmung, 6. Einführung eines Börsenverwehrs.

Aus dem Untersuchungsausschuss des  
preussischen Landtages. Im Untersuchungsausschuss  
des Landtages über die Vorgänge in Mitteldeutschland bil-  
dete am Montag das Frau Clara Jettin beim Ueber-  
schreiten der russischen Grenze abgenommene Altkennmaterial  
Gegenstand der Aussprache. Angenommen wurde ein An-  
trag Dr. Meyer-Ostrowski (Rom.) auf Zusammenstellung  
der Ermittlungen über das sogenannte Bekennmaterial.  
Der kommunistische Antrag, die Akten des Reichsgerichtes  
über die Strafverfahren auf Grund dieses Materials ein-  
zuführen, wurde abgelehnt. In einem Schreiben legt Ober-  
präsident Börling-Magdeburga Verwahrung ein gegen die  
Behauptung eines Zeugen, er habe gesagt, je blutiger der  
erste Tag sei, desto unblutiger würden die Folgen des  
Tages sein. Er habe vielmehr sein Bedauern über die  
greulichen Szenen ausgesprochen. Abg. Dr. Liebnicht  
(Unabh.) beantragt eine Zusammenstellung aller nach vor-  
liegenden Beweisanträgen. Seine Partei lege Wert darauf,  
dass die Zeugenaussagen (Staatskommissar Weismann, Bür-  
germeister von Eisleben) aufklärt werden, wonach auch  
Unabhängige in Eisleben und im Mansfelder Gebiet das  
Angreifen der Schutzpolizei wünschten und es auf der Mans-  
felder Konferenz verlangten, was man zugestanden hatte.  
Der Antrag Liebnicht soll bei Feststellung des Ausschuss-  
berichts für das Plenum berätigt werden.

Die abermals erhöhten Postgebühren vom  
Reichsrat angenommen. Da trotz der vor kurzem  
beschlossenen Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fern-  
sprechgebühren, die am 1. Januar in Kraft treten sollte,  
die Reichspostverwaltung noch mit einem Defizit von 2 1/2  
Millionen arbeiten würde, hat der Reichspostminister, wie  
schon öfters mitgeteilt, eine neue Vorlage eingebracht, die  
an die Stelle der bereits angenommenen treten soll. Nach  
der neuen Vorlage sollen die Postgebühren durchschnittlich  
auf das Doppelte, die Fernspreckgebühren auf das 15fache  
der jetzigen Gebührenerhöht werden. Der sächsische  
Gesandte Reichsminister a. D. Dr. Grubner legte namens  
seiner Regierung gegen die überstürzte Behandlung der  
so wichtigen Vorlage Verwahrung ein. Die sächsische  
Regierung sei der Überzeugung, dass der Abbau des  
Defizits vor allem durch eine energische durchgeführte  
Einsparung in der Verwaltung vorgenommen werden  
müsse. Die sächsische Regierung sei in der letzten Stunde  
nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen. — Die Vor-  
lage wurde unverändert vom Plenum des Reichsrates mit  
Stimmenmehrheit angenommen. Einstimmig angenom-  
men wurde auch eine Entschädigung, die den Erparnis-  
gedanken betont.

### Republik Oesterreich.

Die Abstimmung in Debensburg. Die Bes-  
etzung des Terms der Abstimmung auf den 14. und 16.  
Februar hat in Debensburg große Erregung hervorgerufen.  
Einige Kreise glauben, dass es sich um einen von der  
Vorkonferenz konzentrierten Versuch handelt.  
Informierte Kreise meinen, dass auf eine Verschlebung der  
Abstimmung Aussicht bestehe und dass die Vorstellung der  
österreichischen Regierung bei der Vorkonferenz Ge-  
schehen wird.

### England.

Die russische Frage. Der Verleitetatter des  
„Daily Telegraph“ schreibt: Lloyd George bereite sich ernst-  
lich vor, die russische Frage in Angriff zu nehmen, sobald  
die Frage der deutschen Reparationen in ihrem wesent-  
lichen Teile geregelt sei. Die Sowjetregierung erwartet  
ungebührlich das Ergebnis der Unterredung, die Krassin  
von Lloyd George zugesagt worden sei. Die Diplomaten  
der Sowjets seien der Ansicht, dass man wichtige Ent-  
scheidungen von dieser Unterredung erwarten könne und dass  
die Frage einer vollen Anerkennung der Sowjetregierung  
mit Lloyd George erörtert werden wird. In Moskau be-  
fasse man sich mit der Frage, welche Haltung eingenom-  
men werden müsste, wenn Krassin erklärt werden sollte,  
dass alles von einer bedingungslosen Anerkennung sämt-  
licher Schulden und Privatforderungen abhängt. Wie der  
Verleitetatter des „Daily Telegraph“ meint, ist Lloyd  
George entschlossen, bei der eingehenden Regelung der  
russischen Frage die Zustimmung der französischen Staats-  
männer zu allen Beschüssen zu erreichen.

## Verliches und Sächliches.

Mies, den 13. Dezember 1921.

— Von einem Lastkraftwagen überfahren.  
Am Sonnabend abend gegen 7 Uhr ist auf der Mühlener  
Landstraße, kurz vor der Wöhrden, der 47 Jahre alte  
Arbeiter Schönberg aus Mühlener von einem Lastkraftwagen  
überfahren worden. Er erlitt schwere Verletzungen, die  
seinen Tod zur Folge hatten. Den Kraftwagenführer trifft  
an dem Unfall keine Schuld.

Die Großhandelsindexziffer des Sta-  
tistischen Reichsamtes ist von 2460 im Durch-  
schnitt des Monats Oktober auf 2418 oder um 38,9 v. D.  
im Durchschnitt des Monats November gestiegen und hat  
das Monatsdurchschnittswert von Februar 1920 in allen Waren-  
gruppen weit überschritten. Gegenüber dem Vormonat  
liegen Getreide und Kartoffeln von 2380 auf 3197; Fleisch,  
Fisch, Getreide von 2335 auf 3154; Kolonialwaren von 3088  
auf 4923; landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel  
zusammen von 2417 auf 3008; ferner Säute und Leder  
von 4539 auf 6077; Textilien von 4178 auf 6518; Metalle  
von 2965 auf 5123; Kohle und Eisen von 1885 auf 2880;  
Industriestoffe zusammen von 2539 auf 3618; die vor-  
genannten im Inlande erzeugten Waren (Getreide, Kar-  
toffeln, Fleisch, Fisch, Getreide, Eisen) von 225 auf  
2967; die vorwiegend aus dem Auslande eingeführten  
Waren von 3585 auf 5662. Der Dollar kurs im Durch-  
schnitt des Monats November gegenüber Oktober in Berlin  
um 70,1 v. D.; ihm kommen die Einfuhrwaren mit  
einer Preissteigerung um 57,9 v. D. nahe, während sich  
das Preisniveau der Inlandwaren gleichzeitig um 82,8  
v. D. hob.

Landwirtschaftliche Warenbörse  
für Großhain und Umgebung. Sonnabend,  
den 10. Dezember 1921. Es wurden notiert: Weizen 380,  
Korn 240, Hafer 240—250, Sommergerste 380, Mais 300  
bis 310, Maischrot 380, Roggen und Weizenklein 185  
bis 195, Roggen- und Weizenstroh 80—85, Ockerstroh 38  
bis 42, Den 100—115.

Gelichtentwurf gegen den wirtschaf-  
tlichen Landeserrat. Der Verband Sächsischer In-  
dustrieller hat auf die Nachricht hin, dass ein Gelichtentwurf  
gegen den wirtschaftlichen Landeserrat gegenwärtig den  
zuständigen Behörden vorliegt, von einer größeren Anzahl  
seiner Mitglieder Aeusserungen erhalten, die zeigen, dass  
das geplante Gesetz lebhaft begrüßt wird. Von einigen  
Bremen wurde angeregt, dass auch die über den Liebschaft  
von Schriften, Zeichnungen usw. hinausgehende Land-  
esratunter Strafe gestellt wird. Es wurde insbesondere  
auf Fälle hingewiesen, in denen Teufel oder Ausländer  
sich unter Vorgabe von Namen in den Besitz von ma-  
nieren Konstruktionen und Zeichnungen setzen wollten, um

Aber die neuen Einrichtungen auf bestimmten industriellen  
Gebieten in ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen ein-  
gehend zu beraten. Der Verband hat sich wegen dieser  
Frage mit den zuständigen Behörden in Verbindung ge-  
setzt. Von einigen Firmen wurde besonders betont, dass unter  
keinen Umständen eine Abstellung derartiger Einflüsse  
durch Geld zugelassen werden soll, da bei der Umsetzung  
unserer Talente und der Arbeit vom Auslande vor-  
genommenen Finanzierung für das Bergeben eine Selbst-  
tätigkeit gefordert werden muss.

Gewährung von Vorstößen an Ge-  
meinden. Nachdem das Reich dem Lande einen Betrag  
zur Gewährung von Vorstößen an Gemeinden (Gemeinde-  
verbände) überwiesen hat, die nicht imstande sind, die ihnen  
aus der Neuordnung der Beamtengehälter erwachenden  
Mehrkosten selbst zu tragen, wird im Anschluss an die Ver-  
ordnung vom 28. November 1921 hierdurch angeordnet, dass  
auf weiteres seitens der Aufsichtsbehörden Entschlüsse  
auf die Gewährung von Vorstößen an Gemeinden und dem Finanz-  
ministerium vorgezogen werden ohne Rücksicht auf den  
Nachweis, dass die Gemeinde nicht imstande ist, den Betrag  
im Wege des Kredits aufzubringen.

Die Landesstelle für Textilnotstands-  
versorgung verlässt sich über einen Bestand an An-  
lässen, Ultern, Toppeln und Wägen für Männer sowie an  
Schulermähen und Guldewärmen. Zur Versorgung von  
Bedürftigen können die Kommunalverbände und die  
Gemeinden Bestellungen bei der Landesstelle einreichen.

Teilweise Wiederaufnahme der Ede-  
schiffahrt. Infolge des Nachlassens der Frostwitterung  
und des damit verbundenen Abkommens des leichten Treib-  
eises auf den Flüssen konnte der Schiffahrtbetrieb auf der  
Elbe nach zehntägiger Unterbrechung streckenweise wieder  
aufgenommen werden.

Eine Lotterie zugunsten der Kriegsofizer.  
Das Landesamt für Kriegsfürsorge hat im Einvernehmen  
mit dem Bund dankbarer Frauen und Mädchen — Frauen-  
bund 1914 — zur Förderung des Ablasses von Erzeugnissen  
der Kreisverwaltungen für Schwerkrriegsbeschädigte in Dresden  
eine Lotterieverlosung eingeleitet. Es kommen dabei von  
Schwerkrriegsbeschädigten, insbesondere Kriegsblinden, her-  
gestellte Möbel, kunstgewerbliche und wirtschaftliche Ge-  
brauchsgüter zur Verlosung, die nach der Art ihrer  
Ausführung den Erzeugnissen erster Fabriken nicht nach-  
stehen. Es sind 50000 Lose zu je 5 M. mit gegen 5000  
Gewinnen vorgesehen, darunter wertvolle Gegenstände wie  
Bücherdrucke, vollständige Spiele, und Kaffeemaschinen,  
Schmuckgegenstände, Porzellan, Birnen, usw. Bei den  
gegenwärtig außerordentlich hohen Anschaffungskosten der-  
artigen Gegenstände sind diese Gewinne als besonders wert-  
voll zu bezeichnen. Der Reinerlös der Verlosung soll im  
Einvernehmen mit dem Landesamt für Kriegsfürsorge zur  
Unterstützung von hilfsbedürftigen Kriegsbeschädigten und  
Kriegerdinterbliebenen verwendet werden. Dieziehung der  
Lose soll am 16. d. M. stattfinden. Es darf deshalb er-  
wartet werden, dass nicht nur die ärmliche Lage der  
Gewinnlosen wertvoller Gegenstände den Losablag fördern  
wird, sondern auch der Wunsch, die amtliche Fürsorge-  
leistung für die Kriegsofizer in der jetzigen schweren Zeit mög-  
lichst zu unterstützen. Die Lose werden durch den Frauen-  
bund und das Landesamt für Kriegsfürsorge vertrieben  
und sind bei allen Kreis-, Bezirks- und Ortsämtern für  
Kriegsfürsorge, sowie bei den Frauendortgruppen  
erhältlich.

Winternachtsendungen an Strafgefangene.  
Im Hinblick auf das bevorstehende Winternachtsfest wird den  
Angehörigen der in Landesstrafanstalten, Gefängnissen  
Anstalten und Gerichtsgefängnissen untergebrachten Ge-  
fangenen gestattet, diesen Lebensmittelpakete bis zu 5 kg  
bis zum 23. Dezember 1921 zu übersenden. Soweit Ge-  
fangene von Angehörigen keine Pakete empfangen können,  
sind die Verwaltungen der Anstalten und Gefängnisse an-  
gesehen worden, die zur Auslieferung von Paketen erfor-  
derlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Dem Landtage sind u. a. folgende Regierung-  
svorlagen vorgegangen: Ein denkschriftlicher Antrag, die  
Regierung zu ersuchen, im Reich dahin zu wirken, dass  
die Steuergewalt der Gemeinden wiederhergestellt wird,  
b) dass bis dahin die Gemeinden beauftragt werden, die  
Einkommensteuer für das Reich einzuschießen, sowie ein  
demokratischer Antrag, die Regierung um die Vorlage eines  
Gesetzes zu ersuchen, durch das angeordnet wird, dass nach  
Abschluss der Gemeindevahlen auch eine Neuwahl der  
Bezirksverordneten und Bezirksausschüsse stattfindet.  
Ferner ging dem Landtage das 31. Verzeichnis der  
Beschwerden und Gesuche zu.

Da hier. In der Nacht zum Sonnabend in der ersten  
Stunde überraschte der Verwalter Dittel vom hiesigen  
Rittergute, der seinen nächtlichen Rundgang machte, an den  
Kartoffelmieten einen Dieb. Dieser schob auf Dittel und  
traf ihn in den Unterleib. Schwer verletzt wurde Dittel  
nach Würzen übergeführt; es dürfte Lebensgefahr für ihn  
bestehen. Der Verleitetter ist von Dittel zwar erkannt  
worden, doch weiß er seinen Namen nicht.

Wien. Der im benachbarten Gogh wohnende, in  
den 50er Jahren lebende Gutbesitzer Ernst Glawewitz kam  
auf recht bedauerliche Weise ums Leben. Die Witwe  
des dortigen Gemeindevorstandes hatten am Sonnabend eine  
Besichtigung des Gerichtsgefängnisses in Gogh be-  
endet und fuhren mit dem Auto deselben zurück, mit Aus-  
nahme von Glawewitz. Unterm Wege überholte das Auto den  
Benannten, der sich im Scherz mit ausgebreiteten Armen auf  
die Straße stellte, als würde er das Auto zum Halten  
bringen. Der Führer des Wagens konnte jedoch nicht so  
rasch bremsen und Glawewitz wurde vom Wagen erfasst und  
bedeuete geschleudert. Den hierbei erlittenen Verletzungen  
erlag der Benannte im Wiener Krankenbause.

Hohenstein-Ernstthal. Der kurz nach Be-  
endigung des Krieges wieder aufgenommene Silberbergbau  
ist nunmehr endgültig eingestellt worden, da die Ergebnisse  
einen weiteren Abbau unzulässig machen.

Lauchau. Bei den vorgeschrittenen Stadtverordneten-  
wahlen wurden gewählt: 9 Wehrheitssozialisten, 2 Kommu-  
nisten, 5 Unabhängige und 14 Bürgerliche.

Lauen. Ködlich verunglückt: Ist am Freitag abend  
eine kurze Zeit bei ihrem Sobne hier zu Besuch weilende Frau  
Höfger aus Wylau. Die Frau kürzte abends im Hause  
einige Stufen der Treppe hinab und schlug unglücklicher-  
weise mit dem Kopfe auf einen eisernen Abkrieger auf.  
Sie erlitt einen Schädelbruch, der ihren Tod zur Folge hatte.  
X Leipzig. Ein Berliner Blatt bringt die Meldung,  
dass auf die Forberung der Entente eine neue Reihe von  
Kriegsprojekten vor dem Reichsgericht besprochen und teilt  
Einzelheiten dazu mit. An dieser Stelle wird diese Meldung  
als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet.

X Weitz. Am Sonntag feierte die Stadt Weitz  
ihre 500-jährige Bestehen. Aus diesem Anlass fand am  
Sonnabend im Banfesteil der Stadthalle mit Rücksicht  
auf den Ernst der wasserländischen Verhältnisse eine nur  
schlichte Gedächtnisfeier statt, wozu neben Vertretern der  
Katholiken, sächsischen und händischen Behörden auch die  
Bürgermeister der Städte Witten, Lauban, Wabau und  
Kamenz sich eingeladen hatten.

## Bemischtes.

Größter in Wandbe. Die Fabrikation  
der Kalk-Kompagnie Theodor Kalkbe in Wandbe  
wurde vorgestern morgen zum zweiten Male in diesem  
Jahre von einem Großfeuer heimgesucht. Ueber die Ent-

! Pflege die Haut mit **Kombella**  
Die nichtlebende Hauterneuerung

Verhandlungen über die Wehrmacht...  
 Die Wehrmacht...  
 Die Wehrmacht...

### Neueste Nachrichten und Telegramme vom 18. Dezember 1921.

**Die Schadenersatzfrage der „Deutschen Zeitung“.**  
 Berlin. Die „Deutsche Zeitung“ war bekanntlich mit anderen Blättern auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. August wegen ihrer Haltung, die sie vor Erlass der Verordnung an den Tag gelegt haben, verklagt worden. Der Reichsausschuss hat das Verbot aufgehoben und die „Deutsche Zeitung“ hat darauf Schadenersatz gegen das Reich angetragen. Die das Blatt mittelst, hat die erste Instanz den Klagenanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt, doch wird das Reich Berufung beim Reichsgericht einlegen eventuell eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeiführen.

**Wirtschaftskrise und Rohstoffmangel.**  
 Berlin. Der Reichsausschuss hat sich nach Mitteilungen von zuständigen Stellen die Rohstoffknappheit in allen Teilen des Reiches beunruhigt, daß ein plötzliches eintretender Frost zum Zusammenbruch der Verkehrswege, zur Unterbrechung der Produktion und damit zu einer unüberwindlichen Wirtschaftskrise führen muß. Das ist nirgends so, wie das Reichsausschuss mitteilt, größere Rohstoffvorräte vorhanden, weder bei der Eisenbahn, noch bei den Gas- und Elektrizitätswerken, noch in der Industrie. Bei den Berliner Röhren- und Gaswerken reicht der Bestand nur noch für 10 Tage. Bei den holländischen Elektrizitätswerken liegen die Verhältnisse noch schlechter.

**Die deutsch-polnischen Verhandlungen.**  
 Berlin. Alle Unterhandlungen zwischen den beiden Regierungen sind abgebrochen. Die Eisenbahnkommission, die sich gestern mit Tariffragen beschäftigte, führte die geplante Beschäftigung der künftigen Grenzabstände durch. In der Kommission für das Geldwesen wurde in der Erörterung der Probleme fortgefahren, die mit der durch die Genfer Entscheidung festgelegten vorläufigen Beibehaltung der deutschen Valuta in den polnisch-berührenden Teilen Ober-Schlesiens zusammenhängen. Die Kommission für Bergwerksangelegenheiten ging nach Besprechung der Kohlenfrage zur Erörterung der Erzfrage über. In der Kommission für Arbeiterangelegenheiten wurden die Sachverständigen weiterhin über die Anerkennung der Arbeitervereine verhandelt. In der Kommission für soziale Versicherung kam die Unfallversicherung zur Debatte. Die Kommission für den Minoritätenschutz lehnte drei Unterhandlungen zur Beratung der besonderen Schwierigkeiten in der Schulfrage ab.

**In den Ausschreitungen in Wien.**  
 Wien. Bei der Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern im Nationalrat erklärte der Minister des Innern Dr. Waber in Besprechung der jüngsten Ausschreitungen, es sei ohne Frage, daß ein kleiner Kreis von Personen leitend in die Demonstration eintritt, um Verwirrung und Erregung hervorzurufen, und diese Verwirrung zu Sachbeschädigungen und Minderungen auszunutzen, wobei die Menge durch die auch in Deutschland bei Tumulten angewendeten Brattiken, die Vetterlich noch neu

den, die Wehrmacht...  
 Die Wehrmacht...  
 Die Wehrmacht...

**Die Zusammenkunft in Brüssel.**  
 Brüssel. Am Anstich an die erste Zusammenkunft zwischen London, Tokio und Brüssel gab der belgische Minister des Innern Dr. De Weert eine kurze Erklärung und sagte: London hat uns über die Besprechungen, die er in London hatte, unterrichtet. Wir verpflichteten uns gegenseitig, keine Mitteilungen über unsere bisherigen Besprechungen zu machen. Alles, was ich sagen kann, ist, daß London sehr befriedigt aus London zurückkehrt ist und auch die belgische Anleihe zufrieden zu sein. Das Blatt „Nation“ hält es für so gut wie sicher, daß London und Tokio aber mindestens einer von ihnen in London an der Besprechung zwischen Brüssel und Lloyd George teilnehmen wird. „De Weert“ bringt eine Unterredung mit London. Der französische Minister erklärte, die interalliierte Konferenz über das Reparationsproblem werde nicht vor der Januarmitte stattfinden. Es könne nicht beweisbar werden, daß die Alliierten auf die Zahlung der am 15. Januar fälligen Reparationsrate bestehen werden. „Le Soir“ zufolge erklärte Thénault, daß über das belgische Vorkaufsrecht nicht verhandelt worden sei und auch in Zukunft nicht verhandelt würde.

**Die Papststreitfrage getrennt.**  
 London. Einer Washingtoner Meldung zufolge ist die Papststreitfrage getrennt durch Unterzeichnung eines Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Japan geregelt worden.

**Eine internationale Wirtschaftskonferenz.**  
 London. „Daily Telegraph“ tritt in einem Artikel für eine internationale Wirtschaftskonferenz ein. Der Vorschlag müsse von der amerikanischen Regierung kommen. „Morning Post“ erklärt, daß der Umfang der jetzt zu erörternden Wirtschaftfragen die Abhaltung einer internationalen Konferenz notwendig machen würde. „Morning Post“ berichtet außerdem, die Zusammenkunft der Außenminister Englands, Frankreichs und Italiens werde kurz nach Weihnachten stattfinden.

**Eine Erleichterung für Deutschland.**  
 London. „Morning Post“ erzählt: Obgleich Rathenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen mitgenommen hat, besteht doch Aussicht dafür, daß die Alliierten einen Plan entwerfen werden, der der tatsächlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands Rechnung trägt. In gewissen amtlichen Kreisen herrscht die Ansicht, daß die geplante Erleichterung für Deutschland wahrheitsgemäß nicht die Gestalt eines Moratoriums erhält in dem Sinne, wie dieses Wort im allgemeinen verstanden werde. Es herrsche die Ansicht, daß Deutschland durch den Beschluß der Alliierten eine Entlastung verspüren würde. In weiten Kreisen mache sich eine zurechtfindende Stimmung für die Zukunft geltend.

**Die Washingtoner Konferenz vor dem Abschluß.**  
 Washington. Alle britischen Delegierten der Konferenz trafen Vorbereitungen, um am 31. 12. nach Europa zurückzukehren. Man hofft, daß bis dahin die Konferenz die Hauptfragen, womit sie sich befaßt, erledigt hat.

**Kunst und Wissenschaft.**  
 „Die tote Stadt“ in der Dresdner Staatsoper. Am Sonntag fand in der Staatsoper zu Dresden die Uraufführung von Korngolds drittem Opernwerk „Die tote Stadt“ unter dem nicht begeisterten, so doch lebhaftem Beifall des vollbesetzten Hauses statt. Die Oper geht in ihrem Text (B. Schott) auf den Roman „Das tote Brüggel“ des holländischen Dichters Rodenbach zurück, und die Musik hätte das zu erreichen geglaubt, was von der Feinsinnigkeit der Stimmung des Dramas verloren gegangen war. In allen drei Bildern — im zweiten allerdings unter Jubelstürme starker Bühneneffekte — ist diese Aufgabe mit glänzendem Können gelöst. Cantabile Lyric bricht beim Orchester immer wieder durch, und der erregten Melodie der letzten Szene ist der Erfolg vielleicht in erster Linie zu danken. — Selena Forti und besonders Tauber, in deren Händen die beiden einzigen bedeutenden Rollen lagen, gaben musikalisch Ganges; mimisch blieb Selena Forti ihrer Marietta vielleicht noch einiges schuldig. Das Orchester führte Rudolph durch die außerordentlichen Schwierigkeiten des Wertes sicher hindurch.

### Schlachtviehpreise auf dem Schlachthof zu Dresden, Montag, 12. Dezember 1921. Preise für 50 kg in Mark.

Kategorie und Bezeichnung	Einzel	Gesamt
<b>I. Rinder: A. Kühe (Kauftrieb 150 Stück):</b>		
1. Vollfleischige, ausgewählte, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	930-1050	1725-1850
2. Junge, fleischige, nicht ausgewählte — ältere ausgewählte	800-900	1875-1975
3. Mäßig genährte Junge — gut genährte ältere	500-600	1075-1250
4. Gering genährte jeden Alters	300-400	900-1000
<b>B. Bullen (Kauftrieb 120 Stück):</b>		
1. Vollfleischige, ausgewählte, höchsten Schlachtwertes	900-1000	1800-1725
2. Vollfleischige jüngere	700-800	1875-1500
3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	450-550	1000-1125
4. Gering genährte	300-400	800-950
<b>C. Kalben und Lämmer (Kauftrieb 170 Stück):</b>		
1. Vollfleischige, ausgewählte Kalben höchsten Schlachtwertes	930-1050	1725-1850
2. Vollfleischige, ausgewählte Lämmer höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	800-900	1875-1975
3. Weitere ausgewählte Kalbe und gut entwickelte jüngere Kalbe und Lämmer	600-700	1300-1500
4. Gut genährte Kalbe und mäßig genährte Lämmer	400-500	1000-1200
5. Mäßig und gering genährte Kalbe und gering genährte Lämmer	250-300	750-850
<b>D. Ziegen (Kauftrieb — Stück):</b>		
1. Gering genährtes Jungvieh im Alter von 8 Monaten bis zu 1 Jahre	—	—
<b>II. Schafe (Kauftrieb 433 Stück):</b>		
1. Toppelender	1000-1100	1625-1725
2. Beste Mast- und Sauglämmer	800-950	1500-1575
3. Mittlere Mast- und Sauglämmer	700-800	1300-1425
4. Geringere Mastlämmer	—	—
<b>III. Schafe (Kauftrieb 804 Stück):</b>		
1. Mastlämmer und jüngere Mastlämmer	800-850	1600-1700
2. Weitere Mastlämmer	600-700	1300-1500
3. Mäßig genährte Hammel und Schafe (Wergschafe)	400-450	1000-1100
<b>IV. Schweine (Kauftrieb 1292 Stück):</b>		
1. Vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahre	1550-1650	2050-2150
2. Fleischschweine	1750-1850	2250-2350
3. Fleischschweine	1700-1800	1800-1900
4. Gering entwickelte	1150-1250	1650-1750
5. Sauen und Eber	1800-1900	1750-2000

**Schwarzer Spitz** entlaufen. Gen. Belohnung abgegeben bei Otto Schauer, Dannebergstr. 42.

**Grund (schwarz-weiß)** angekauft. Gen. Erhaltung der Urkosten abzuholen. Schloßstr. 2, p. (Streul.)

**Möbl. Zimmer** oder freundliche Schlafkammer wird für sofort zu mieten gesucht. Offerten unter A D 5079 an das Tagblatt Riesa.

**Möbl. Zimmer** von Kaufmann ab 1. 1. 22 zu mieten gesucht. Off. Angeb. unter A N 9057 an das Tagblatt Riesa.

**Rinderl. Ehepaar sucht leere Stuben** en; möbl. Zimmer mit Kochgelegenheit. Off. unter A G 5082 an das Tagblatt Riesa.

**Wohnungstausch!** Wer tauscht

**von Großstadt nach Riesa?** Angebote unter A N 9083 an das Tagblatt Riesa. Wo kann ich Mädchen das Schneidern erlernen? Offerten unter A E 8090 an das Tagblatt Riesa erbeten.

**Hausdiener** für sofort gesucht. Alte Post Str. 10.

### 35000 Mark

**II. Hypothek** auf Riesaer Geschäfts- und Wohnhaus zur Auszahlung der jäh. zum 15. 2. 22 von pünft. Zinszahl bei 5 bis 5 1/2 % von Erblasser gestiftet. Vermittler zwecklos. Offerten unter A J 5084 an das Tagblatt Riesa.

**3 bej. wirtsch. Kr.** zwisch. 33-40 J. gut. Ausst. wünschen die Bef. ebenföhrer Herren wedsch. Deirat. Bf. m. n. nicht außgrüßl. B. D. u. A O 9085 an das Tagblatt Riesa.

**Wohnungswunsch** Dame, 40 Jahre, m. gut. fests. Charakter, m. volkst. Wohn-Einricht., wünscht Bekanntschaft m. gebildet. Herrn in geföhr. Lebensstellung wedsch. pät. Deirat. Angebote, möglichst m. Bild., unter A F 5081 an das Tagblatt Riesa erbeten.

**Aufwartefrau** od. Halbtagsmädchen für die Vormittagsstunden sofort gesucht. Off. Angebote mit Lohnansprüchen unter A P 9090 an das Tagblatt Riesa erbeten.

**Gr. Laterna magica** Konfirm.-Gut, Sammelgut für Mädchen zu verkaufen. Schillerstr. 7a, 2. e.

**Geige 3. verkaufen** Zu erst. im Tagblatt Riesa.

### Weihnachtsanzeigen

mit größeren Ankündigungen und Empfehlungen für das Riesaer Tagblatt wolle man nicht erst am Tage der Ausgabe in der Geschäftsstelle abgeben, sondern spätestens am Tage zuvor, am besten noch zeitiger, damit eine besondere Sorgfalt auf die Scharf des Interests verwendet werden kann. — Kleine Anzeigen können täglich bis vorm. 8 Uhr für das abends erscheinende Riesaer Tagblatt angenommen werden. — Geschäftsstelle des Riesaer Tagblattes nur Goethestraße 59.

### Monatlich nur Mk. 25.—

## Sachsen in großer Zeit

Gemeinverständliche sächsische Kriegsgeschichte und vaterländisches Gedenkwerk des Weltkrieges in Wort und Bild unter besonderer Bearbeitung der „Sachsen im Felde“ von Gen.-Major Baumgarten-Crusius.

Nach amtlichen Quellen unter Mitarbeit von:  
 Archivrat Dr. Brabant, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Bruck, Prof. Paul Berg, Prof. F. Eckardt, Leutn. G. L. a. D. v. Gebhardt, Sem.-Dir. Hdr. Hildebrand, Studienr. Prof. Dr. Kesper, Prof. Dr. Köttemke, Oberbürgermstr. Dr. Klitz, Prof. Dr. Richard Lanke, Geh. Reg.-Rat Dr. Lippert, Stabsarzt Dr. Neustätter, Prof. Dr. Probst, Hofprediger Lic. theol. Schmidt, Dr. phil. Hdr. Schönemann, Ob.-Post-Inspr. Schwarz, früh. Feldpostmstr. G. Gen.-Kdo. XII. A.-K., Dr. Carl Scharfing, Prof. Dr. Wawrzyniak, Stabsarzt Dr. Weiser, Reg.-Rat Dr. Friedr. Wothke, Gh. Kreisrat v. Ziegner.

Herausgegeben von  
**Johann Edmund Hottenroth**  
 Oberst u. ehem. Vorstand des sächsischen Kriegsarchivs.

Mit einem Geleitwort von Generaloberst Freiherr v. Hansen. Erwa 1400 Seiten m. geg. 1800 Abb. u. dinst. Abb. u. Sonder-Kunstabdrücken sächsischer Kämpfer sowie mit 180 Karten u. Plänen. Drei Halbleinbände in Großquart-Format. Preis für jeden Band ohne Aufschlag der Franks und verpackungsfreier Kreuzung **Mk. 76.—**

Das Werk ist auf breiter Grundlage aufgebaut und gibt ein umfassendes und wahrheitsgetreues Spiegelbild der gewaltigen Geschehnisse von dem denkwürdigen 2. August 1914 an bis zum Tage des Friedensschlusses. Nicht nur den kriegerischen Ereignissen galt es ein Erinnerungsbild zu schaffen, sondern dem ganzen sächsischen Volk, das zur Verteidigung des Vaterlandes und zur Überwindung aller durch den Krieg entstandenen Nöte und Schwierigkeiten seine volle Kraft auf allen Gebieten einsetzte und mit dieser Volkskraft Höchstleistungen vollbrachte, die in ihrer ganzen Größe wohl erst in späteren Zeiten gewürdigt werden können. Ein geschichtlicher Rückblick macht uns vertraut mit unseren Sachsen in früheren Kriegen. Sodann schildert General Baumgarten-Crusius, einer unserer besten Militärschriftsteller, in schlichter, militärischer Art die Geschichte der sächsischen Korps bis hinunter zu den kleinsten Formationen. Die Darstellung gründet sich auf die Kriegstagebücher und Gefechtsberichte der beteiligten sächsischen Truppenteile und gibt nur das wieder, was zweifellos auf Grund der Feldakten feststeht. In besonderer, nur von besten Federn bearbeiteten Abschnitten schildern uns Mannschaften und Offiziere in anschaulichster Weise ihre Erlebnisse an allen Fronten, in der Etappe, zu Lande, zu Wasser und in der Luft. In fesselnder Weise wird weiter der großen Aufgaben der heimatischen Kriegsteile gedacht, was sie für das Feld und was sie wirtschaftlich für das Innere zu leisten hatten. Das stille Heldentum der Heimat und alles, was an Fürsorge, Betätigung des Roten Kreuzes usw. geleistet wurde, findet seinen Ehrenplatz. Die großen Aufgaben des Gesundheitswesens und die gigantischen Leistungen der Technik sowie der Feldpost sind in anschaulichster Darstellung enthalten. Dem Gedenkbuch und der Volkswirtschaft Sachsens, seiner Industrie und seiner Massen während des Krieges ist in gleich eingehender Weise gedacht, und Beiträge über Kriegsernährung, Kriegsbeschäftigtenfürsorge, Sachschadenshilfe und Dankmäler, neue Berufe und Lehrverhältnisse für Kriegsbeschäftigte, Kriegsgefangenenwesen sowie körperliche Erhaltung unserer Jugend geben dem ganzen ein abgerundetes Bild. Eine große Fülle interessanter Karten, Skizzen und Pläne und sonstiges sehr reiches Bildmaterial mehren den Text über alle Maße verständlich. Alles also, was Sachsen als Land und Volksgenossen in den ereignisreichen Kriegsjahren erlebte und ertrug, im Felde und dahinter, kriegerisch und wirtschaftlich, ist in diesem Blättern für ewige Zeiten zu einem unvergänglichen Ruhmeskranz geworden.

Zu beziehen durch die Akademische Buchhandlung R. MAX LIPPOLD, LEIPZIG gegen bequeme monatliche Teilzahlungen von Mk. 25.—

**Bestellschein.** No. 10.  
 Ich bestelle biernit bei der Akadem. Buchhandlung R. MAX LIPPOLD in Leipzig, Hospitalstr. 10: „Sachsen in großer Zeit“ 3 Bde. je Mk. 76.—  
 portofreie und verpackungsfreie Lieferung. Erfüllungsort Leipzig.  
 Lieferort jezt, zahlbar monatlich, Mk. 25.—  
 Postbankkonto 50 728 Leipzig.

Ort und Straße:  
 Name, Beruf:

